



Patricia Lips
Mitglied des Deutschen Bundestages

DEUTSCHER BUNDESTAG

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Wilhelmstr. 68a
Raum 5.8.44
Tel. 030 – 227 77916
Fax 030 – 227 76916
Email: patricia.lips@bundestag.de
Homepage: www.patricia-lips.de

Patricia Lips, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

CDU Verbände und Mitglieder
in meinem Wahlkreis und in Darmstadt

WAHLKREIS-GESCHÄFTSSTELLE:

Erbacher Straße 44
64720 Michelstadt
Tel.: 06061 – 5844
Fax: 06061 – 701948

Berlin, 7.5.2010

Informationsbrief - Hilfen für Griechenland

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

hiermit möchte ich Ihnen zur heutigen Entscheidung des Deutschen Bundestags zu den Finanzhilfen für Griechenland einige Informationen und persönliche Anmerkungen übersenden.

Mit großem Ernst und in großer Offenheit wurde im deutschen Bundestag um ein Thema gerungen, wie kaum jemals zuvor, welches viele Menschen in diesem Land mit Sorge erfüllt. Das geht auch an den Abgeordneten nicht spurlos vorbei.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, meinen Standpunkt darzulegen, sowie zahlreiche Detailinformationen anbieten. Ich tue dies auch deshalb so ausführlich, da ich mir der kontroversen Diskussion in diesem Lande bewusst bin. Dabei möchte ich voranstellen: Es wäre ein Leichtes für uns zu sagen: Was interessiert uns die Situation in einem anderen Land, die in weiten Teilen „hausgemacht“ ist? Ich würde bei manch einer Unterstützung erfahren. Warum also tue ich es nicht?

Zunächst die Zahlen und Fakten:

Mit den Erklärungen der Staats- und Regierungschefs vom 25. März 2010 und der Finanzminister der Eurogruppe vom 11. April haben sich die Mitgliedstaaten der Eurozone zu abgestimmten bilateralen Krediten zugunsten Griechenlands bereit erklärt. Hinzu kommen Finanzhilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF), mit denen die bilateralen Kredite zu einem Hilfspaket gebündelt werden. Am 23. April hat die griechische Regierung um Ingangsetzung des Hilfspakets gebeten, weil sich das Land nicht mehr an den Kapitalmärkten refinanzieren kann und dadurch die Zahlungsunfähigkeit des griechischen Staates drohte. Der IWF benennt den von IWF und Eurozone zu deckenden Finanzierungsbedarf Griechenlands für die Laufzeit seines dreijährigen Anpassungsprogrammes mit 110 Mrd. Euro. Vor diesem Hintergrund erhält Griechenland über die dreijährige Laufzeit des IWF-Programms koordinierte bilaterale Kredite von bis zu 80 Mrd. Euro als Finanzhilfe, davon bis zu 30 Mrd. Euro im ersten Jahr.



Patricia Lips

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 2 von 5 Seiten des Schreibens vom 7. Mai 2010

Konkret auf Deutschland entfallen Kreditzusagen von bis zu 22,4 Mrd. Euro für drei Jahre, davon bis zu 8,4 Mrd. Euro im ersten Jahr. Der deutsche Beitrag erfolgt durch ein verzinstes rückzahlbares Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau, für das der Bund mit dem Gesetz eine Garantieerklärung abgeben wird.

Damit ist auch der Grund genannt, weshalb alle Euroländer die Hilfe für Griechenland trotz der vielen kritischen Stimmen in der Bevölkerung für unerlässlich halten. Wenn wir dem griechischen Hilfsersuchen nachkommen, dann tun wir das nicht als ein Akt der Großzügigkeit. Es geht nicht einmal allein um den Begriff der Solidarität in einer Gemeinschaft, von welcher wir am meisten profitieren, bei allen Zahlungen die wir auch leisten. Zweidrittel unseres Außenhandels mit fast 6 Mio. Arbeitsplätzen hängen unmittelbar mit unseren europäischen Nachbarn in Verbindung. Wir tun das für unsere gemeinsame europäische Währung, den Euro, für seine Stabilität, für seine Zukunft und damit in unserem ureigenen deutschen Interesse. Wir tun dies, damit unsere gemeinsame Währung, der Euro, der nachweisbar in den vergangenen 15 Jahren unser Versprechen, genauso stabil zu sein wie die D-Mark, eingehalten hat, auch in Zukunft stabil bleibt.

Ich erinnere daran: Der Beginn der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise war im September 2008. Mit der Entscheidung der US-Regierung, die Investmentbank Lehman Brothers Konkurs gehen zu lassen, wurde das Weltfinanzsystem an den Rand des Abgrunds gebracht und die globale Realwirtschaft in eine tiefe Rezession gestürzt – beides verbunden mit horrenden Kosten an anderer Stelle, von denen der Verlust von Millionen Arbeitsplätzen weltweit nur einen Ausschnitt der schmerzhaften Konsequenzen darstellt. Ohne Vorbild hätte sich bis zu diesem Zeitpunkt keiner vorstellen können, welche Katastrophe diese Entscheidung auslöste. Alle Staaten haben Notpakete geschnürt, um die Wucht der Krise gegenüber den Menschen im eigenen Land zu lindern. Die Folge sind hohe Verschuldungen. Deshalb: Wir dürfen nicht zulassen, dass durch unterlassene Stabilisierungsleistung Griechenland zu einem zweiten Lehman Brothers wird.

Griechenland ist für die gemeinsame europäische Währung und damit für die europäische Idee insgesamt mindestens ebenso systemrelevant, wie Lehman es für das internationale Finanzsystem war.

Das bedeutet aber auch: Nicht der Staat hat den Banken gegenüber eine Gegenleistung zu bringen, sondern die Banken gegenüber dem Staat. Deshalb gab es einen Begleitantrag, in welchem wir uns verpflichten aus den Erfahrungen heraus stärker zu regulieren sowie Produkte bzw. Geschäftsvorgänge auch ganz zu verbieten.

Lassen Sie mich Alternativen ansprechen, die überall und immer wieder in der Diskussion sind und waren:

Versagung der Hilfe mit der Folge eines griechischen Staatsbankrotts

Es wäre falsch zu glauben, man müsse Griechenland nur in den Staatsbankrott laufen lassen, und dann sei man alle Probleme los. Es hätte gravierende Folgen für Deutschland. Wer sich dafür ausspricht, Griechenland jetzt die notwendige Hilfe zu versagen und damit die



Patricia Lips

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 3 von 5 Seiten des Schreibens vom 7. Mai 2010

Zahlungsunfähigkeit, die Insolvenz, den Staatsbankrott oder eine erzwungene Restrukturierung griechischer Verbindlichkeiten heraufzubeschwören, der nimmt negative Ansteckungs- bzw. Dominoeffekte auf die Finanzsektoren und auf die Staaten der Eurozone von unübersehbarer Tragweite in Kauf. Ein Ausfall Griechenlands würde ein unkalkulierbares Risiko für die nationalen Finanzinstitute der Eurozone, für die deutsche und europäische Finanzmarktstabilität und für die Funktionsfähigkeit der Wirtschafts- und Währungsunion insgesamt darstellen. Und lassen sie mich erwähnen, was in der Diskussion oft zu kurz kommt: Versicherer sind quasi Bestandteil des Finanzsystems. Diese Situation hat wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland mit der Hypo Real Estate eine Bank komplett verstaatlichte, da mit diesem Institut unzählige Versicherungen der Menschen in diesem Land verbunden waren.

In Griechenland würde eine Herabstufung des Ratings der Staatsanleihen darüber hinaus den Zugang griechischer Banken zum Kapitalmarkt verriegeln. Eine Bankenkrise in Griechenland wäre nicht auszuschließen. Darüber hinaus würde die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands bei den Gläubigern Griechenlands auch nach Einschätzung der Deutschen Bundesbank erhebliche negative Auswirkungen auf die Refinanzierungskosten aller übrigen Eurozonen-Länder haben. Auch wenn davon in erster Linie die Länder mit ungünstigeren Daten betroffen wären, sind negative Auswirkungen auch auf die Refinanzierungskosten der Bundesrepublik Deutschland nicht auszuschließen.

Wir würden viel mehr Geld verlieren bei einer kaskadenartigen Krise. Hauptziel des Programms ist es deshalb, das verloren gegangene Vertrauen der Märkte in die Nachhaltigkeit der Haushalts- und Finanzpolitik Griechenlands zurückzugewinnen. Das IWF-Programm soll deshalb nicht nur den Finanzierungsbedarf des griechischen Staates über die kommenden drei Jahre sichern, bei weitem nicht, sondern vor allem die strukturellen Probleme Griechenlands angehen. Griechenland wird die kommenden Jahre faktisch fremdregiert. Bis ins Detail sind Gesetzestexte ausgehandelt, die dieses Land umsetzen muss. Es ist entscheidend, dass von der Griechenlandhilfe das Signal ausgeht: Die Eurostaaten sichern die Stabilität des Euros ab.

Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion

Ein Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion oder der europäischen Union insgesamt, gegen den Willen Griechenlands, ist aus rechtlichen Gründen nicht möglich bzw. ist in den europäischen Verträgen nicht vorgesehen. Selbst wenn es möglich wäre, würde dies keine Lösung des Problems darstellen, was im Rahmen der nächsten Alternative näher erläutert wird:

Freiwilliger Austritt Griechenlands aus der Union

Die europäischen Verträge sehen lediglich vor, dass ein Mitgliedstaat freiwillig aus der europäischen Union austreten kann. Ein Austritt ist nur aus der Union insgesamt möglich und kann nicht nur auf einen Austritt aus der Währungsunion beschränkt werden. Aber selbst wenn sich Griechenland für einen solchen Austritt entschlossen hätte, hätte dies nicht die Lösung des Problems bedeutet.



Zwar hätte Griechenland seine Währung zurückerhalten, doch die Staatsschulden Griechenlands in Euro wären geblieben. Zur Schuldentilgung wäre Griechenland nahezu nicht in der Lage gewesen, was wiederum den Staatsbankrott bedeutet hätte. Die damit verbundenen dramatischen Folgen wurden bereits oben erläutert.

Freiwilliger Austritt der Bundesrepublik aus der Union und Wiedereinführung der DM

Die Lösung über einen Austritt der Bundesrepublik aus der Union verbunden mit der Wiedereinführung der DM ist sehr fernliegend, da Deutschland durch die europäische Integration massiv profitiert. Ich erwähnte es bereits. Mit einer Wiedereinführung der DM wäre eine massive Aufwertung der DM gegenüber den Währungen der Länder verbunden, in denen wir einen Großteil unserer Exporte absetzen. Dies würde vielleicht jene freuen, die ihren Urlaub im Ausland verbringen. Das Problem dabei ist, dass das wechselkursbedingte Wegbrechen der deutschen Exportmärkte gravierende Auswirkungen auf unser gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht hätte.

Aus dieser umfassenden Betrachtung der Alternativen, nach Abwägung aller Meinungen und zahlreicher Gespräche mit IWF, EZB, Bundesbank, Regierungen in und außerhalb Europas, Professoren und Fachleuten, nach Abwägung bereits gemachter Erfahrungen in jüngster Vergangenheit an anderer Stelle wurde deutlich, dass das griechische Hilfspaket die einzig verantwortungsvolle Lösung darstellt, damit die Stabilität des Euros und damit das Ziel unserer eigenen wirtschaftlichen Interessen abgesichert sind.

Natürlich ist auch die gewählte Lösung mit Risiken verbunden, doch am Ende hatten wir hier und heute eine Entscheidung in einer Notsituation zu treffen.

Da die Bundesregierung von Anfang an klar machte, dass Hilfen für Griechenland immer nur im Sinne eines „Ultima Ratio-Ansatzes“ gewährt werden, hat Griechenland ein eigenes und sehr ambitioniertes Sparprogramm akzeptiert. Das IWF-Programm und damit die ratenweise Auszahlung der Hilfsmittel unterliegen einer engen-Überprüfung der mit der griechischen Regierung vereinbarten Konditionen durch den IWF. Wenn Griechenland die Vorgaben des Anpassungsprogramms nicht erfüllt, werden dem Land – wie bei jedem IWF-Programm – keine weiteren Zahlungen aus den Krediten zur Verfügung gestellt.

Der Sicherstellung der Rückzahlungsfähigkeit dienen diese harten Konditionen des IWF-Programms.

Das Hilfspaket bricht nach Aussage aller Experten auch keine Norm des EU-Vertrages, denn die „No Bailout“-Klausel (Art. 125 AEUV) besagt, dass kein Eurozonen-Land gezwungen werden kann, die Schulden eines anderen Landes zu übernehmen. Wir übernehmen auch nicht die Schulden von Griechenland. Diese Regelung bedeutet aber nicht, dass wir nicht freiwillig unsererseits einem in Not geratenen Mitglied der Eurozone helfen können. Mit anderen Worten: Im Fall Griechenland geht es um freiwillige, streng konditionierte Darlehen – nicht um ein unbedingtes Einstehen für ein Mitglied der Eurozone. Eine Gemeinschaft innerhalb der Eurozone und damit ein dauerhafter Reputationsverlust des Euro an den Märkten soll verhindert werden. Die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten bleibt erhalten.



Patricia Lips

Mitglied des Deutschen Bundestages

Seite 5 von 5 Seiten des Schreibens vom 7. Mai 2010

Die Griechenlandkrise hat vor allem gezeigt, dass die finanz- und wirtschaftspolitische Überwachung in der Eurozone nicht ausreichend funktioniert. Dabei ist die Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie der Empfehlungen der Europäischen Kommission zur Rückführung übermäßiger Defizite essentiell für die Glaubwürdigkeit und die Stabilität der europäischen Währung und damit für unsere wirtschaftlichen Zukunftschancen in Europa. Aber natürlich auch dafür, dass wir in dem globalen Ringen um eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzmärkte – vor allem durch eine Regulierung und Aufsicht – eine starke Rolle spielen müssen.

Weil es Fehlentwicklungen gegeben hat, müssen wir nun auf entsprechende Maßnahmen hinwirken und eine Reform der finanz- und wirtschaftspolitischen Überwachung durchsetzen. Dieser Weg wird nicht einfach sein, da ihn alle mitgehen müssen. Jedoch muss Politik das Primat über die Finanzmärkte durchsetzen.

Daher muss sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass unter anderem eine effektivere Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitiken der Mitgliedstaaten durchgesetzt wird, ein Frühwarnmechanismus eingerichtet wird, neue Instrumentarien für überschuldete Staaten entwickelt werden, mit denen wir ein Restrukturierungs- und Insolvenzsystems aufbauen, der Anleger – und Verbraucherschutz in Europa verbessert wird, eine unabhängige europäische Rating-Agentur geschaffen wird, ungedeckte Leerverkäufe von Finanzmarktinstrumente verboten werden und die Erhebung einer risikoadjustierten Bankenabgabe inklusive einer Boni-Steuer zur Errichtung eines Stabilitäts-Fonds durchgesetzt wird. Dies sind nur die dringlichsten Maßnahmen, um auch diejenigen mit heranzuziehen, die durch spekulative Geschäfte auf der einen Seite Mitverursacher wie auch Profiteure der Krisen sind.

Ich hoffe, dass meine sicher sehr ausführliche Darstellung Ihnen eine Hilfe sein konnte. Ich bin mir bewusst, dass bei vielen Menschen in diesem Lande Zweifel bleiben. Es war mir jedoch wichtig, Ihnen einige Punkte näher gebracht zu haben, die zur Entscheidung des Deutschen Bundestages beigetragen haben, und dass sehr intensiv jedes Für und Wider abgewogen wurde.

Mit freundlichen Grüßen

Patricia Lips